

Ottokar Luban
Berlin, Deutschland

Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert [The Revolution of 1918/19 in German Historiography. Interpretations from the Weimar Republic to the 21st Century], Berlin-Boston, de Gruyter, 2013. 627 pp. – ISBN 978-3-11028-647-2.

Angesichts des Näherrückens des 100. Jahrestages der deutschen Novemberrevolution 1918/19 könnte das vorliegende handbuchartige Werk mit einer detaillierten, ausführlichen Darstellung der Revolutionsrezeption zu einer ausgewogeneren Bewertung des bis heute – zeitweise sehr heftig – umstrittenen Ereignisses beitragen. Mit dieser voluminösen analysierenden Literaturübersicht, basierend auf einer 2011 an der Universität Stuttgart vorgelegte Dissertationsschrift, verfolgt Niess das Ziel, „am konkreten Beispiel der Revolution von 1918/19 das Verhältnis von Geschichtskultur, Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik in Deutschland über einen Zeitraum von mehr als neunzig Jahren“ zu untersuchen. Schon in der Einleitung stellt er als vorweggenommenes Ergebnis – wenig überraschend – fest, „dass Veränderungen der historischen Einordnung und Bewertung meist nicht auf neue Forschungsergebnisse zurückzuführen sind, sondern in aller Regel auf veränderte politische Ausgangskonstellationen und neue gesellschaftliche Problemstellungen.“ (jeweils S. 14). Der politische Raum und die gesellschaftliche Entwicklung werden daher von Niess in einer gelungenen, überzeugenden Weise im starken Maße mitberücksichtigt und jeweils der eigentlichen historiografischen Rezeption vorangestellt.

Niess beginnt seine Untersuchung mit den bereits unmittelbar nach dem 9. November 1918 abgegebenen unterschiedlichen politischen Deutungen, von den bisher herrschenden bürgerlichen und adligen Kreisen über die Sozialdemokratie bis zu den revolutionären Linken, wobei er den Umschwung von der Lähmung der bisherigen Machthaber zu einer innerhalb weniger Tage aufkommenden und ständig wachsenden gegenrevolutionären Stimmung und Propaganda – insbesondere in Kreisen des Militärs – hervorhebt (S. 17-26). In der sich anschließenden Zeit der Weimarer Republik bleibt die Novemberrevolution ein „Gegenstand heftiger Kontroversen“ (S. 26).

Zur Geschichtswissenschaft in der Weimarer Republik (S. 17–124) hebt Niess zunächst hervor, dass die Historiker durchweg bis Kriegsende monarchistisch und nationalistisch gesinnt und in der Kriegszeit in diesem Sinne auch propagandistisch aktiv waren, z. B. bei der Forderung nach Annexionen (S. 106). Nach der Novemberrevolution erfolgte kein Generationswechsel an den Hochschulen, jedoch eine Differenzierung der Einstellungen. Der Autor übernimmt hierfür die Aufteilung nach Karen Thiessenhusen in „Rechtskonservative“, die den Dolchstoß als erwiesen ansahen – wie zum Beispiel der Antisemit Dietrich Schäfer, und „Gouvernemental-Liberale“, die die militärische Niederlage nicht als Verrat durch die Heimatfront verursacht ansahen, wie z. B. Friedrich Meincke (S. 109). Wie mehrere seiner Kollegen (z. B. Hans Delbrück, Hermann Oncken) sah Letzterer zwar die Notwendigkeit von demokratischen Reformen, lehnte jedoch die revolutionäre Form genauso wie den Bolschewismus ab. Dies war eine Gemeinsamkeit aller Historiker genauso wie – hier gemeinsam mit den Bolschewiki – die entschiedene Ablehnung des Friedensvertrages von Versailles. „In ihrem Wissenschaftsverständnis blieben die Historiker der Weimarer Zeit größtenteils ganz den Traditionen des Kaiserreichs verhaftet“ (S. 123).

Andersdenkende liberale junge Wissenschaftler hatten keine Chance, einen Lehrstuhl zu erhalten.

Thematisch versucht Niess die viele Inhalte umfassende Diskussion durch elf Grundmuster zu strukturieren, die sich, worauf er hinweist, nicht immer vollständig trennen lassen, sondern häufig Überschneidungen aufweisen. Intensiv stellt er die Wertung als „Verrat an Kaiser und Reich“ (26 ff.) und als „Dolchstoß in den Rücken des Heeres“ (33 ff.) da. Er vergisst dabei nicht zu erwähnen, dass der Verantwortliche für die militärische Niederlage, General Ludendorff, schon am 1. Oktober 1918 aktenkundig geäußert habe, die Schuld für den negativen Kriegsausgang den linken bürgerlichen und den Sozialdemokraten zuschieben zu wollen (S. 34). Bereits am 2. November verwendete der Reichstagsabgeordnete der Fortschrittspartei Ernst Müller-Meinigen eine Formulierung, die den „Dolchstoß“ beinhaltete, als er zum Durchhalten aufforderte und davor warnte, der Front den Dolch in den Rücken zu versetzen (S. 34). Kein Wunder, dass – wie Niess hervorhebt – die Diffamierung der Revolution als „Dolchstoß“ „bereits 1918 um sich griff“ (S. 35).

Dass die militärischen und nationalistisch-bürgerlichen Kreise Hauptträger einer intensiven Dolchstoß- und Verratspropaganda mit dem Ziel der Rückkehr zu alten politisch-gesellschaftlichen Machtverhältnissen waren, ist bekannt. Weniger bekannt ist hingegen, dass sowohl evangelische als auch katholische Theologen eine bedeutsame Rolle bei der Verbreitung dieser negativen Revolutionsbewertung gespielt haben (S. 35–37, 40 f.). Im Zusammenhang mit der Dolchstoßlegende entstanden massive antisemitische Diskurse, ob von General Groener in einem Privatbrief (S. 23) oder in öffentlicher Form seitens des Alldeutschen Verbandes. So wurde „ein primitiver Rassenantisemitismus in Deutschland endgültig salonfähig“ (S. 54).

Der harten Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles vom Sommer 1919 trugen noch einmal zur Verschärfung der Dolchstoßdebatte und Verfestigung der negativen Revolutionsdeutung bei, wie Niess in einem Exkurs feststellt (S. 66–77, insbes. S. 76). Die Bemühungen Karl Kautskys und Eduard Bernsteins, zu einer quellengestützten Versachlichung der Diskussion beizutragen, wurden selbst von der SPD aus Sorge vor einer Bestätigung der deutschen Kriegsschuld gebremst (S. 71-75). „Wie ein roter Faden zog sich durch die SPD-Politik in der Weimarer Republik das Bestreben, sich als patriotischer zu erweisen als die politischen Gegner“ (S. 75). Hatte die Sozialdemokratie mit der rechtskonservativen Deutung der Novemberrevolution als Verrat an Kaiser und Reich und als „Dolchstoß“ nichts gemein, so gab es mit der von der Mehrheitssozialdemokraten herausgestellten, angeblich von den linksrevolutionären Kräften drohenden bolschewistischen Gefahr doch einen gemeinsamen Nenner mit der politischen Rechten, auch wenn diese Gefahr jeder realistischen Grundlage entbehrte (S. 82-90). Von Seiten der sozialistischen Linken wurde die Revolution zunächst als erster Schritt zur gesellschaftlichen Umwälzung im Sinne des marxistischen SPD-Parteiprogramms von 1891 angesehen, mit einer vollständigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gleichstellung des Proletariats (S. 90-92). Als die Mehrheitssozialdemokraten eine revolutionäre Entwicklung verhinderten und vollständig einen reformistischen Kurs verfolgten, wurden sie von den Kommunisten bald als Verräter der Revolution diffamiert, zum Ende der Weimarer Republik sogar mit dem unseligen Begriff „Sozialfaschisten“ (S. 93-96).

Die Würdigung der deutschen Novemberrevolution als „Geburtsstunde der deutschen Republik“ hatte nach Niess in der Zwischenkriegszeit „keineswegs viele Anhänger. Die bürgerlichen Parteien gingen bald auf deutliche Distanz zur revolutionären Entstehungsgeschichte [...]“ (S. 101). Dagegen stand für die SPD der 9. November „als

Geburtsstunde der Republik nie [...] grundsätzlich in Frage“ (S. 102). Doch relativiert der Autor seine Aussage zur Sozialdemokratie nach weiteren Betrachtungen ihrer Gedenkpolitik: „War der Adressat der Aktivitäten vorwiegend die eigene Parteibasis, zögerte die SPD nicht, an die Revolution zu erinnern, und schuf gezielt entsprechende Gedenktraditionen. Wandten sich führende Sozialdemokraten dagegen staatstragend an eine breite Öffentlichkeit, strebten nach Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien oder waren in Koalitionen eingebunden, dann wurde die Revolution 1918/19 peinlich ins hinterste Zimmer verbannt“ (S. 104).

Sowohl seitens der MSPD als auch der liberal-konservativen Parteien wurde die Novemberrevolution von vornherein als „Störung des geordneten Reformprozesses“ angesehen. Dementsprechend zielte das intensive Bestreben dieser politischen Kräfte darauf, die politische Entwicklung rasch in geordnete reformistische Bahnen zu lenken (S. 77-82). Aus dieser Politik resultierte die „Verpasste Chance der Demokratisierung“, als die alten Eliten der Kaiserzeit weiter an den Hebeln der Macht gelassen wurden, ob beim Militär oder in den Verwaltungen, an den Gerichten und Hochschulen (S. 96-101). Wie es Niessin einem gesonderten Unterkapitel mit dem Titel „Keine wirkliche Revolution“ anhand zeitgenössischer Stimmen aus unterschiedlichen politischen Lagern belegt, wurden – nicht selten – die Ereignisse im November 1918 nicht mehr als revolutionäres Ereignis mit einer gründlichen gesellschaftlich-politischen Umwälzung gesehen, sondern als bloßer Zusammenbruch ohne grundlegende Folgen. Niess zitiert hierzu beispielhaft aus einem Rückblick Kurt Tucholskys im Jahr 1928 auf die Novemberrevolution: „Wir haben die Firma gewechselt. Aber der Laden ist der Alte geblieben“ (S. 104-106, Zitat auf S. 106).

Unter intensiver Auswertung der relevanten Literatur gelingt Niess eine interessante, aufschlussreiche Studie der politischen Auseinandersetzungen in der Zeit der Weimarer Republik über die Novemberrevolution 1918/19. Die herausgearbeiteten Themen sollten die politischen und geschichtswissenschaftlichen Diskussionen der folgenden Jahrzehnte bis in die heutige Zeit bestimmen (S. 123).

Laut dem von Niess zitierten Historiker Eberhard Kolb wurden die Begriffe „Dolchstoß“ und „Novemberverbrecher“ in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zu wichtigen Punkten „der offiziellen Staatsideologie.“ Diese Wertungen verwendeten die Nationalsozialisten häufig und mit propagandistischer Verve, dies jedoch nicht stringent, sondern in unterschiedlichen Zusammenhängen. Eine allgemeine Akzeptanz dieser Propaganda seitens des nationalistischen Bürgertums existierte bereits vor 1933 und setzte sich sogar noch nach 1945 längere Zeit fort (S. 125).

Die Haltung der deutschen Historiker zum Nationalsozialismus behandelt Niess eingehend (S. 136-149). Demnach waren sie vor 1933 zwar „in ihrer überwältigenden Mehrheit deutsch-national oder nationalistisch orientiert [...], aber nicht nationalsozialistisch.“ Mit der Machtübernahme durch die NSDAP habe sich dies „rapide“ geändert (S. 136): „Die meisten Historiker stellten sich allenthalben in den Dienst der ‚nationalen Revolution‘“ (S. 137). Im Falle von in der Nachkriegszeit hoch angesehenen Wissenschaftlern wie Werner Conze und Theo Schieder wurde später festgestellt, dass sie sich sogar „1939 und danach zu Anwälten einer Politik der völkischen Neuordnung in Ostmitteleuropa und einer ‚Entjudung‘ Polens gemacht“ hatten, zitiert Niess Heinrich August Winkler (S. 146). Auch Karl Dietrich Erdmann, der in der späteren bundesrepublikanischen Diskussion engagiert die Bolschewismusgefahr für 1918 heraufbeschwor, nahm vor 1945 nationalsozialistische und antisemitische Positionen ein (S. 134 f.u. 148 f.). Nur einige wenige Historiker wie Hans Rothfels, Hermann Oncken, Friedrich Meinecke und Gerhard Ritter wahrten eine mehr oder minder deutliche

Distanz zur Ideologie und Politik der Nationalsozialisten (S. 137 f.u. 143 f.). Eine sachliche wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Forschungsgegenstand Novemberrevolution war zur Zeit der Nazi Herrschaft in Deutschland nicht möglich. Exilierte Politiker und Historiker hingegen entwickelten, angestoßen durch das Scheitern der Weimarer Republik, intensive Analysen und Neubewertungen der Novemberrevolution (S. 150-163). Niess stellt diesbezüglich die Auffassungen Rudolf Hilferdings (bereits von Eberhard Kolb tradiert), Julius Leber (Gefängnisschrift), des SPD-Exilvorstands in Prag, Otto Brauns, Friedrich Stampfers, Ernst Fraenkels, Theodor Wolffs, Hellmut von Gerlachs, Paul Frölichs und Arthur Rosenbergs vor, wobei dessen Monografien den größten Einfluss zunächst auf die ausländische und ab den 1960er Jahren auch auf die bundesrepublikanische Geschichtsschreibung ausübten. Nach Rosenberg hätten in der Novemberrevolution 1918/19 grundlegende Veränderungen beim Militär und in der Wirtschaft sowie in Verwaltung und Justiz erfolgen müssen. Niess zitiert in diesem Zusammenhang Rosenbergs sarkastischen Kommentar: „Es ist unmöglich, einen revolutionären Staat mit dem Beamten- und Justizapparat des vergangenen Systems aufzubauen. Aber in der deutschen Republik sollte dieses Wunder wirksam werden“ (S. 162).

In den ersten Jahren nach dem Ende der NS-Herrschaft war in der westdeutschen Geschichtskultur die Revolution von 1918/19 zunächst kein Gegenstand kontroverser Diskussionen. Die Dolchstoßthese und andere negative Bewertungen wurden nicht mehr aufrechterhalten, soweit die revolutionären Ereignisse überhaupt in öffentlichen Erörterungen von Politikern oder Historikern zur Sprache kamen. Dies änderte sich auch kaum, als Erinnerungsbände einiger beteiligter Akteure wie Gustav Noske, Otto Braun, Carl Severing und Georg Ledebour sowie Ossip K. Flechtheims KPD-Geschichte und die Rosa-Luxemburg-Biographie von Paul Frölich (Erstauflage: Paris 1939) erschienen (S. 164-168). Dagegen gab es mehrere angelsächsische Publikationen, in denen die deutsche Revolution von 1918/19 monografisch oder im größeren thematischen Zusammenhang untersucht wurde. Ihre Autoren Godfrey Scheele, Alan John Percivale Taylor, Geoffrey Barraclough, Abraham Joseph Berlau und John W. Wheeler-Bennett hinterfragten alle die Politik der Mehrheitssozialdemokraten ähnlich kritisch wie Rosenberg (S. 168–172).

In den 1950er Jahren trat in Deutschland parallel zur Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes, des „Kalten Krieges“, die These von der notwendigen Bolschewismusabwehr als beherrschendes Deutungsmuster der Revolution von 1918/19 in den Vordergrund, vor allem in Arbeiten von Historikern und Politikwissenschaftlern, die vor 1945 eine mehr oder minder ausgeprägte Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie und Politik gezeigt hatten (Theodor Eschenburg, Werner Conze, Johannes Haller, Fritz Hartung, Martin Göhring), aber auch bei ‚unbelasteten‘ Historikern wie Erich Eyck und Hans Herzfeld. Letzterer war allerdings noch 1928 ein harter deutschnationaler Vertreter der „Dolchstoßlegende“, was bei Niess zunächst unerwähnt bleibt (S. 164-190).¹

Frontmann der Historiker für die These von der Notwendigkeit der Bolschewismusabwehr war der Kieler Ordinarius Karl Dietrich Erdmann, der in einem Aufsatz von 1955 seine Auffassungen in einer kritischen Auseinandersetzung mit englischen Kollegen und Arthur Rosenberg ausführlich darlegte (S. 180-183). Erdmanns Deutung wurde viel zitiert und erhielt noch zusätzlich besonderes Gewicht, als er sie nochmals 1959 in der 8. und später in

¹ Hans Herzfeld: Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg, Leipzig, Quelle & Meyer, 1928. Erst auf S. 449, Fußnote 132 erwähnt, jedoch ohne Charakterisierung.

der 9. Auflage von Gebhardts „Handbuch der Deutschen Geschichte“ (Band 4, S. 199-201 bzw. Bd. 4, 1. Teilband, S. 245 f.) ausführlich darlegen konnte.

Bahnbrechend für die Abkehr vom einseitigen Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918/19 als einer Abwehr der bolschewistischen Diktatur waren dann ab Mitte der 1950er Jahre die Arbeiten von Erich Matthias (190–194), Eberhard Kolb (207 f.) und Peter von Oertzen (205 f. u. 210). Dank quellengesättigter Monographien und Dokumentationen zeigten sie die seinerzeit dringend erforderliche Möglichkeit eines „dritten Weges“ auf, mit einer grundlegenden Demokratisierung der Verwaltung, des Bildungswesens und des Militärs. Die Novemberrevolution wurde durch diese über lange Jahre geführte Kontroverse „wieder zu einem bedeutsamen Thema der deutschen Geschichtswissenschaft“ (S. 212). Der Historikertag 1964 erbrachte als Ergebnis, dass Erdmanns These aufhörte, „die ‚herrschende Lehre‘ zu repräsentieren“ (S. 214), so Niess, der das Fazit von Heinrich August Winkler übernimmt.

Trotz dieses quellenmäßig stark abgesicherten Forschungsstandes, der von einer Reihe weiterer Historiker bestätigt wurde, (z. B.: S. 209 f.) gab es in den folgenden Dekaden bis in die Gegenwart hinein immer wieder Versuche, zum alten von Erdmann propagierten Geschichtsbild zurückzukehren, wie Niess an vielen Beispielen aufzeigt. (z. B. 1966 Herzfeld und Helmut Heiber [S. 244 f.], 1978 Eckhard Jesse und Henning Köhler [S. 273–276]), 1979 Hürten [S. 276–278], 1982 Hagen Schulze [S. 290] und weitere [S. 290 f.]). Dabei brachten diese konservativen Vertreter jedoch keine neuen Quellenbelege für ihre Position ein. Zwar hatte sich eine in der deutschen Geschichts- und Politikwissenschaft bislang nicht gekannte Pluralität entwickelt (S. 258), doch es kamen immer wieder zu teilweise erbitterten Disputen (S. 291 f., 299–303 [Friedrich-Ebert-Symposium 1989]), die sich in den 1980er Jahren vor allem im Zuge eines Erstarkens konservativer nationaler Positionen bis zu persönlichen Feindschaften steigerten (S. 317 f.).

Seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erfolgte eine überaus breite Intensivierung der Forschung zur Novemberrevolution, mit einer Fülle von bedeutsamen Untersuchungen und Dokumentationen und Forschungsresümees. Verbunden mit dieser Entwicklung sind unter anderem die Namen Eberhard Kolb, Susanne Miller, Erich Matthias, Peter von Oertzen, Reinhard Rürup, Heinrich August Winkler, Helga Grebing, Richard Löwenthal, Wolfgang J. Mommsen, Hans Mommsen, Ulrich Kluge, Heinrich Potthoff, Peter Brandt, Klaus Schönhoven, Volker Ullrich und Peter Lösche. Deren Werke und ihre Bedeutung für die Erforschung der Novemberrevolution arbeitet Niess häufig sehr ausführlich, treffend und spannend für den Zeitraum bis zur Wiedervereinigung heraus.

Im Zuge der Studentenbewegung von 1968 standen die Arbeiter- und Soldatenräte im Mittelpunkt der politischen Diskussion, was sich auch in zahlreichen Dokumentationen und Monografien niederschlug (S. 231-235). Matthias kennzeichnete 1970 die Räte als Volksbewegung infolge des in der Revolution entstandenen „Drang[es] nach aktiver demokratischer Selbstverwaltung“ (S. 243). Ähnlich formulierte Rürup im Jahr 1976: „Der Beginn einer demokratischen Neuordnung kraft revolutionären Rechts – das war das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte.“ Indem die MSPD-Führung sich für eine reine Übergangslösung entschied, musste sie mit einer Konfrontation mit dieser basisdemokratischen Massenbewegung rechnen (S. 248).

Bemerkenswert war, dass die SPD zum 50. Jahrestag der Revolution eine zentrale Gedenkveranstaltung durchführte. Der geschichtsbewusste Parteivorsitzende Willy Brandt hob zum einen die Verdienste der Partei „für Republik und Demokratie“ hervor, zum anderen

benannte er klar die Defizite, es seien „vor allem die Feinde der Demokratie viel zu zögerlich und zimperlich angegangen worden“. Die These der Bolschewismusgefahr bezeichnete er als „unerlaubte Vereinfachung“. Rosa Luxemburgs Position – „eine demokratisch-sozialistische [...], nicht eine terroristische-kommunistische“ – sah er als eine Alternative zur MSPD-Politik. So machte Brandt, wie Niess hervorhebt, deutlich, „dass damit innerhalb der SPD ein Prozess des Umdenkens und der Neubewertung eingesetzt hatte [...]“ (S. 230).

Die Geschichtsschreibung der DDR über die Novemberrevolution 1918/19 hatte bekanntlich nach den Richtlinien der SED zu erfolgen. Niess zeichnet die wechselnden Vorgaben und daraus unterschiedlich ausfallenden Darstellungen nach, wobei er die Diskussionen um den „richtigen Kurs“ herausstellt (z. B. 1957 über den Charakter der Novemberrevolution, S. 340-344). Hierbei stützt er sich stark auf die historiografischen Abhandlungen von Jürgen John und Martin Sabrow sowie auf die Memoiren des DDR-Historikers Joachim Petzold. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Niess die Forschungsergebnisse, die DDR-Wissenschaftler trotz einengender Parteivorgaben erzielen konnten, zumindest erwähnt hätte. Zu nennen ist hier beispielsweise die Dissertation B (Habilitation) aus dem Jahre 1979 von Dieter Engemann und Horst Naumann über die USPD, die nicht gedruckt wurde, weil sie nicht parteikonform war (was Niess erst im Kapitel über die Zeit nach 1990 angibt) (S. 388). Für die Zeit nach der Vereinigung 1990 konstatiert Niess einen nur „geringen Stellenwert der deutschen Revolution von 1918/19 in Forschung und Geschichtskultur“ (S. 395). Heinrich August Winkler, einer der wichtigen Hauptakteure aus dem Lager der Befürworter einer aktiven Revolutionspolitik, vollzog in dieser Atmosphäre eine deutliche Wende in seiner Position. Im Jahre 1993 sah er nur noch begrenzte Chancen für eine Demokratisierung im Gefolge der Novemberrevolution (S. 378). Für den Fall eines umfassenden Abbaus der alten Machtpositionen aus der Kaiserzeit malte Winkler sogar die Gefahr eines Bürgerkriegs an die Wand (S. 375).

Für die Zeit um die Jahrtausendwende beurteilt Niess die Forschungslage äußerst negativ. „[D]as Interesse an der Beschäftigung mit der Revolution von 1918/19“ sei „an einem Nullpunkt angelangt“ (S. 397). Eine Besserung – Niess spricht sogar von einer „Wiederentdeckung der Revolution“ (S. 406) – erfolgte dann erst mit dem 90. Jahrestag. Für die Zeit bis 2010, dem Abschlussjahr seiner Untersuchung, stellt er eine Reihe unterschiedlicher Werke vor, die mit einer Vielfalt von Interpretationen der Novemberrevolution aufwarten, darunter einen Sammelband mit zumeist bereits publizierten Aufsätzen bekannter sozialdemokratischer Autoren (Mitglieder oder Sympathisanten). In der Einleitung mildert Herausgeberin Helga Grebing ihre früher gegenüber der Revolutionspolitik der MSPD-Führung besonders kritische Haltung erheblich ab (S. 406 f.). Dazu passend erscheint die Mahnung des damaligen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, die er am 9. November 2008 bei einer Ausstellungseröffnung im Reichstagsgebäude über die Novemberrevolution 1918/19 äusserte: Es sei „falsch“, dieses geschichtliche Ereignis „im deutschen Erinnerungsbild klein zu halten [...] Ohne Sozialdemokraten gäbe es in Deutschland keine Republik und keine Demokratie“ (S. 407). In der Folge stellt Niess den zusammenfassenden Forschungsbericht von Volker Ullrich vor, der eine scharfe Kritik an Gustav Noske enthält. Dessen Politik einer massiven militärischen Unterdrückung der von der Basis ausgehenden Reformbestrebungen habe seit dem „Märzmassaker“ von 1919 in Berlin zu einer Radikalisierung des politischen rechten und des linken Lagers geführt, mit der Folge einer Abwendung der Arbeiterschaft von der MSPD zur USPD. Noskes Politik zählt Ullrich „zu dem dunkelsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ (S. 408). Auf die moderate Kritik Heinrich Ströbels geht Niess anhand der von Lothar Wieland verfassten Biografie ein. Der „Vorwärts“-Chefredakteur von 1914 bis 1916, preußische Landtagsabgeordneter der SPD bzw. der USPD und kurzzeitige

preußische Ministerpräsident (November 1918 bis 4. Januar 1919) deutete zwar die Revolution „als verpasste Chance“, drängte zwar „auf tief greifende politische Strukturveränderungen“, eine Vollsozialisierung oder Rätediktatur waren dagegen für ihn ausgeschlossen (S. 409).

Niess geht auch auf Arbeiten ein, die von der linksparteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wurden, darunter auf einen Aufsatz von Werner Bramke im von Ulla Plener herausgegebenen Sammelband „Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland“, einen Aufsatz von Mario Keßler (S. 411 f.) und auf die Richard-Müller-Biografie von Ralf Hoffrogge (S. 412-414). Hierbei ist auffällig, dass Niess die betreffenden Autoren auch Jahre nach der Wiedervereinigung nicht in erster Linie als kompetente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ansieht, sondern von der „Perspektive ehemaliger ‚oppositioneller‘ Historiker der DDR“ spricht, wobei die Anführungsstriche wohl seine Zweifel anzeigen sollen. Gönnerhaft wirkend bescheinigt er dabei den Beiträgen des Plener-Sammelbands „eine Öffnung gegenüber früheren KPD- und SED-Engführungen.“ (S. 535). Allerdings ist von den Autorinnen und Autoren weder der Anspruch auf eine Oppositionsrolle in der DDR erhoben worden noch trifft die Linkspartei-Nähe für mehrere von ihnen formal oder inhaltlich zu (vor allem S. 535).

Ebenfalls noch für die Zeit bis 2010 geht Niess auf eine Reihe von Publikationen weiterer Autoren ein – Andreas Wirsching (S. 414 f.), Ursula Büttner (S. 415 f.), Alexander Gallus (S. 417), Axel Schildt (S. 418) –, die mit unterschiedlichen Akzenten und Interpretationen die Bedeutung der deutschen Revolution von 1918/19 hervorheben. Besonders wichtig ist dabei die Behandlung des Forschungsstandes in Ursula Büttners Gesamtdarstellung über die Weimarer Republik. Danach sei es unstrittig, „dass die große Mehrheit der Räte in der ersten Phase der Revolution die SPD bei der Durchsetzung ihrer alten Programmforderungen nach Demokratisierung und Sozialisierung unterstützen wollte und es erst in der zweiten Phase der Revolution zur Radikalisierung gekommen sei.“ Nach Büttner bestünde auch Übereinstimmung darüber, „daß der Weimarer Republik ein stärkerer Abbau der alten gesellschaftlichen Machtpositionen zugutegekommen wäre.“ Unterschiedliche Beurteilungen herrschten allerdings über die Handlungsspielräume der beteiligten Politiker (S. 416). Eine Kurzfassung ihres Werkes über die Weimarer Republik ist nun in der 10. Auflage von Gebhards Handbuch der deutschen Geschichte aufgenommen worden, so dass gegenüber der 9. Auflage mit Erdmanns These der zwingenden Alternative Weimarer Demokratie oder bolschewistische Diktatur ein Paradigmenwechsel eingetreten ist, der sich auch in Gesamtdarstellungen und Schulbüchern mit differenzierteren Deutungen niederschlagen müsste (S. 416 f.).

Zum Schluss seiner Gesamtbetrachtung äußert Niess – gerade angesichts der Wiederaufflammens des wissenschaftlichen Interesses ab 2008 und im Angesicht des kommenden 100. Jahrestages – Hoffnung, dass die deutsche Revolution von 1918/19 „schließlich doch noch einen angemessenen Platz in der demokratischen Tradition der Deutschen finden wird“ (S. 418).

So gelingt es dem Autor, auf 410 Seiten die großen Linien, aber auch die vielen Verzweigungen und Nuancierungen von 90 Jahren Historiografie über die deutsche Novemberrevolution mit all ihren unterschiedlichen und kontroversen Strömungen im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse überzeugend und pointiert herauszuarbeiten. Allerdings bleibt bei manchen zitierten Werken unklar, welchen inhaltlichen Beitrag sie für den Erkenntnisstand erbringen. Hier war wohl das Ziel einer lexikalischen Vollständigkeit vorrangig.

Nach dem Abschnitt über den Zeitraum 2008 bis 2010 wäre das natürliche Ende der Untersuchung angezeigt gewesen, bis vielleicht noch auf die weiter hinten im Buch plazierte „Nachbemerkung: Wozu Erinnerung an die Revolution 1918/19?“ (S. 587–589). Doch Niess fügt noch einmal fast 170 Seiten mit einem weitgehend redundantem Text ein. Zunächst liefert er auf 120 Seiten Zusammenfassungen von meist schon in seinem Haupttext behandelten Veröffentlichungen, etwa den Memoiren Barths, Noskes, Ströbels, Scheidemanns, Bernsteins, Müllers oder den unterschiedlichen Beiträgen verschiedener Historikerinnen und Historiker (S. 419–538). Darauf folgt auf 48 Seiten eine Zusammenfassung (S. 539–586), die ebenso wenig neue Aspekte liefert wie die den Abschluss bildende Nachbemerkung (S. 587-589). Hier ist eine Wiederholung in kurzer Form ohne die vorher reichlich übertriebene, den Leser strapazierende Redundanz durchaus vertretbar.

Niess' Absicht einer lexikalischen Vollständigkeit ist also durchaus erkennbar. Deshalb ist es nicht zu verstehen, warum eine Reihe wichtiger Publikationen zur Novemberrevolution gleichwohl fehlt. Es werden nicht erwähnt – um nur einige Beispiele aufzuführen: der von Schönhoven, Matthias und Hermann Weber herausgegebene Dokumentenband über die Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg (1989), Schönhovens Taschenbuch über „Reformismus und Radikalismus“ in der Weimarer Republik (1989), Karl-Christian Führers Legien-Biografie (2009), der Aufsatzband „Streiken gegen den Krieg!“ (2008), die quellengesättigte Untersuchung (mit vielen neu erschlossenen Archivalien) „Heimatheer und Revolution 1918“ von Ernst-Heinrich Schmidt über die resignative Haltung der Militärs (1981), die relevanten Tagungsbände der ITH (Linzer Konferenz, z. B. 1981 und 1985) und der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“ (z. B. 2002, 2010 – nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Stiftung). Aus der Zeit der Weimarer Republik fehlt Hans Thimmes eindeutig national-konservativ geprägte Studie über die revolutionäre Propaganda hauptsächlich der Westmächte (1932); für die DDR-Historiografie der zwar ideologisch geprägte, aber dicht an den Quellen erarbeitete 3. Band über „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ (1963); für den angelsächsischen Raum die Arbeiten von William A. Pelz über den Spartakusbund (1987), von Eric D. Weitz über die Entstehung des Kommunismus in Deutschland (1997) sowie über die Weimarer Republik (2007) und von Chris Harman über die revolutionäre Bewegung von 1918 bis 1923 (1997), aus Frankreich die Untersuchungen von Pierre Broué (1971) über die deutsche Revolution 1917-1923 sowie von Gilbert Badia über die Spartakusgruppe (1966, 1967) und seine exzellente Rosa-Luxemburg-Biographie (1975). Ein schwerwiegendes, nicht verständliches Versäumnis ist die Nichtaufnahme der Dokumentenbände von Engel/Holtz (bzw. Huch)/Materna mit den Protokollen und Berichten über die Tagungen der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und des Vollzugsrates.²

² Klaus Schönhoven, Erich Matthias, Hermann Weber (Hg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. I: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914-1919, Köln, Bund-Verlag, 1985; Klaus Schönhoven: Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München, dtv, 1989; Karl Christian Führer: Carl Legien 1861-1925. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein "möglichst gutes Leben" für alle, Essen, Klartext, 2009; Chaja Boebel, Lothar Wentzel (Hg.): Streiken gegen den Krieg! Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918, Hamburg, VSA, 2008; Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart, DVA, 1981; Hans Hautmann (Hg.): Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (»XV. Linzer Konferenz«) 1979: Soziale und politische Veränderungen in der Welt am Ende des Ersten Weltkrieges und die Arbeiterbewegung (1917-1920). Quellenkritische Probleme bei der Herausgabe wissenschaftlicher Gesamtausgaben von Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, Wien, Europaverlag 1981 (Geschichte der Arbeiterbewegung / ITH Conference Proceedings. 14); Evelyn Gröbl (Hg.): Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (»XIX. Linzer Konferenz«) 1983: Arbeiterbewegung und Friedensfrage 1917-1939. Spontanität und Organisation in der Arbeiterbewegung als methodologisches Problem, Wien,

Niess hat darüber hinaus Beiträge aus einer Vielzahl deutscher Periodika verwendet.³ Es fehlen jedoch gerade Fachzeitschriften für die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Aufsätze und Dokumentationen zur Revolution 1918/19 enthalten, etwa das „Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen“, die „IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die „BzG – Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, das „Jahrbuch für Forschungen zu Geschichte der Arbeiterbewegung“ (jetzt: „Arbeit – Bewegung – Geschichte“) sowie das von Hermann Weber gegründete „Jahrbuch für historische Kommunismusforschung“.

Trotz einiger Lücken in der ausgewerteten Literatur und trotz der ca. 170 Seiten mit überwiegend redundantem Text im zweiten Teil des Buches stellt das Werk von Niess in seinem Hauptteil gerade wegen der Erfassung der unterschiedlichen Epochen der Historiografie eine wertvolle Bereicherung des Forschungsgebietes Deutsche Novemberrevolution 1918/19 dar.

Europaverlag, 1985 (Geschichte der Arbeiterbewegung / ITH Conference Proceedings, vol. 20); Narihiko Ito, Annelies Laschitza, Ottokar Luban (Hg.): Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998-2000), Berlin, Dietz, 2002; Dies. (Hg.): Rosa Luxemburg. Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Tokio, April 2007 und Berlin, Januar 2009, Berlin, Dietz, 2010; Hans Thimme: Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr, Stuttgart, Cotta, 1932; Autorenkollektiv unter Leitung von Joachim Petzold: Deutschland im Ersten Weltkrieg. 3. November 1917 bis November 1918, Berlin (Ost), Akademie, 1969; William A. Pelz: The Spartakusbund and the German Working Class Movement, Lewiston u.a., Mellen, 1987; Eric D. Weitz: Creating German Communism, 1890-1990, Princeton, Princeton University Press, 1997; Ders.: Weimar Germany: Promise and Tragedy, Princeton, Princeton University Press, 2007; Chris Harman: The Lost Revolution, Germany 1918-1923, London, Bookmarks, 1982 (deutsche Übersetzung: Frankfurt am Main, VZGA, 1998); Gilbert Badia: Les spartakistes, 1918, l'Allemagne en révolution, Paris, Julliard, 1966; Ders.: Le Spartakisme, les dernières années de Rosa Luxemburg et de Karl Liebknecht, Paris, L'Arche, 1967; ders.: Rosa Luxemburg. Journaliste. Polémiste. Révolutionnaire, Paris, Éditions Sociales, 1975; Pierre Broué: Révolution en Allemagne 1917-1923, Paris, Éditions de minuit, 1971 (englische Übersetzung: Chicago, Haymarket Books, 2006); Gerhard Engel, Bärbel Holtz, Ingo Materna (Hg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß, Berlin, de Gruyter, 1993; Gerhard Engel, Gaby Huch, Ingo Materna (Hg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom 1. Reichsrätekongreß bis zum Generalstreikbeschuß am 3. März 1919, Berlin, Akademie-Verlag, 1997; Dies. (Hg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Generalstreikbeschuß am 3. März 1919 bis zur Spaltung der Räteorgane im Juli 1919, Berlin, Akademie-Verlag, 2002.

³ Von Niess herangezogen werden: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Geschichtsdidaktik, Historische Zeitschrift, Politische Vierteljahresschrift, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Aus Politik und Zeitgeschichte, Historisches Jahrbuch, Archiv für Sozialgeschichte, Gewerkschaftliche Monatshefte, Vergangenheit und Gegenwart, Geschichte und Gesellschaft, Neue Politische Literatur, Die Neue Gesellschaft.